

# POSTULAT

<b>Urheber</b>	Guido Walker, CVPO, Egon Furrer, CVPO, Daniel Studer (Suppl.), CVPO, und Daniela Imhof-Jenelten (Suppl.), CVPO
<b>Gegenstand</b>	Fehlende Ausbildung im Wallis für Grossereignisse
<b>Datum</b>	13.06.2013
<b>Nummer</b>	3.0033

---

Naturkatastrophen, menschlich und technisch verursachte Grossereignisse häufen sich und können jederzeit auch wieder das Wallis betreffen. Ereignisse wie das MGB-Unglück in Lax, der Waldgrossbrand von Visp und die massiven Unwetterschäden im Lötschental liegen uns allen noch in guter Erinnerung.

Die kantonale Dienststelle für Bevölkerungsschutz bietet seit mehreren Jahren erfolgreich Weiterbildungskurse für Krisen- und Gemeindeführungsstäbe durch, um die Vorbereitung auf Ereignisse zu schulen. Dies ist auch im neuen Gesetz so vorgesehen. Im Kanton Wallis gibt es jedoch keine Möglichkeit, die Partner des Bevölkerungsschutzes (Feuerwehr, Polizei, Sanität, Zivilschutz) auf Stufe Grossereignisse zu schulen.

Andere Kantone bilden die Partner in regelmässigen Kursen aus und weiter. Bei uns besteht diese Möglichkeit nicht und nur in speziellen Fällen wie Feuerwehr-Instruktoren mit freiwilligen schweizerischen Fachkursen oder Mitglieder der Führungsstäbe des Lötschbergbasistunnels, wo allerdings nur ein kleiner Bereich der Führungsausbildung besteht. Interessierte Teilnehmer aus dem Wallis müssen also auf ausserkantonale Kurse in Bern, Luzern oder noch weiter ausweichen.

Es sollte oder muss auch für die Partner des Bevölkerungsschutzes im Wallis eine solche Ausbildung auf Stufe Grossereignis möglich sein, welche die nachfolgenden Elemente enthält:

- Ausbildung von Einsatzleitern und Stabsmitarbeiter für eine Gesamteinsatzleitung;
- Förderung der Zusammenarbeit und Kennenlernen der Schnittstellen der verschiedenen Partner im Bevölkerungsschutz (Feuerwehr, Polizei, Rettungswesen, Zivilschutz, technische Werke);
- Informationen über kantonsübergreifende Zusammenarbeit und den Armeeeinsatz.

## Schlussfolgerung

Der Staatsrat wird aufgefordert, diese wichtige Ausbildung bei der kantonalen Dienststelle für Bevölkerungsschutz aufzubauen und so bald als möglich in das kantonale Programm aufzunehmen.